



Bürgerinitiative Ausländerstopp – Nachrichten

NÜRNBERG – Aktuelles aus Stadt und Rathaus – Ausgabe 2 / 2011

Nr. 36 – BIA-Nachrichten – Das deutsche Stadtblatt – für Volk und Heimat

Fax/Ruf: 09 11/64 61 76 Weltnetz: www.auslaenderstopp.de

ePost: info@auslaenderstopp.de

Noch mehr Asylanten nach Nürnberg?

Die Zahl der Asylanten wird noch im Jahr 2011 wesentlich ansteigen! Das bayerische Sozialministerium rechnet vorsichtig mit einem Anstieg von rund 65 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Tausende Araber und Afrikaner kommen

Tausende sind bereits aus dem arabischen und nordafrikanischen Bereich nach Europa und somit wohl hauptsächlich nach Deutschland unterwegs. Und das ist sicher erst der Anfang!

Libyen, das einen größeren Zustrom aus Afrika bis jetzt verhindert hat, wird gerade gewaltsam „demokratisiert“, das heißt: dem amerikanischen Einflußbereich einverleibt. Es fällt somit als Puffer zumindest kurz- und mittelfristig aus.

Kein Wunder, daß jetzt nach neuen Asylunterkünften gesucht wird. Und gerade in Nürnberg wurde man nun fündig.

Gerd Schmelzers Alpha-Gruppe hat dem Freistaat ein Gebäude an der Kohlenhofstraße für zehn Jahre vermietet, um es zu einer Gemeinschaftsunterkunft auszubauen. 250 Asylanten sollen dort baldmöglichst einziehen. Und eine weitere Unterkunft mit 1.000 Quadratmetern



Das Asylantenheim in Zirndorf ist längst überbelegt. Neue Immobilien müssen vom Freistaat Bayern mit Steuergeldern teuer angemietet werden.

© Foto: privat

wird von der Immobiliengesellschaft des Freistaates Bayern noch gesucht. Auch wieder in Nürnberg!

Bereits jetzt leben in der Stadt Nürnberg über 40 Prozent aller Asylanten, die Mittelfranken nach dem Verteilerschlüssel der Bayerischen Staatsregierung aufnehmen muß. Dabei lebt nur die Hälfte der abgelehnten Asylanten in Gemeinschaftsunterkünften, auch nicht der mutmaßliche Raubmörder der Geschäftsfrau Frieda Hoose. Neun Sammelunterkünfte gibt es bereits in Nürnberg, mit 791 Betten. Das größte mit 150 Betten ist an der Regensburger Straße. Für das Kohlenhofviertel dürften erst mal schwere Zeiten

anbrechen.

Die restlichen einheimischen Bürger in diesem „Problem“-Viertel, die es bis jetzt noch ausgehalten haben, werden wohl möglichst schnell das Weite suchen, von dem Verbleib oder einem Zuzug deutscher Familien mit Kindern ganz zu schweigen.

Selbst OB Maly kritisiert jetzt das Vorgehen der Landesregierung ohne Absprache mit der Stadt Nürnberg. Aber gerade die Nürnberger Stadtverwaltung mit Maly an der Spitze haben sich immer wieder für Ausländerzuzug und Asylanten stark gemacht! Nun rufen die „Brandstifter nach der Feuerwehr“, weil man Bürgerproteste

fürchtet.

Gibt es nicht deshalb bereits die meisten mittelfränkischen Asylanten in Nürnberg, weil man sich bisher der Unterstützung aus dem Rathaus sicher war und glaubte, daß diese in sowieso überfremdeten Stadtteilen gar nicht mehr besonders auffallen? Jetzt bekommen es offenkundig sogar Sozi-Funktionäre „mit der Angst zu tun“. Allerdings werden diese kaum belehrbar sein und die nötigen Konsequenzen ziehen.

Sie wollen die Asylantenheime nur woanders, am besten auf dem Lande, wie auch geplant in Ebersdorf bei Coburg, wo die Welt noch halbwegs in Ordnung ist, um auch die dortigen Bürger multikulturell zu „bereichern“.

Nur die volkstreue Opposition lehnt die weitere Aufnahme von Asylbetrügern strikt ab! Und warum werden die abgelehnten Asylanten nicht konsequent abgeschoben, sondern von den links-grünen Volksfeinden unter Duldung der CSU vor der Anwendung rechtsstaatlicher Maßnahmen geschützt?

Wer sich als Bürger dieselben Fragen stellt, sollte OB Maly fragen und vor allem: diese Bande beim nächsten Mal abwählen! Nur das hilft wirklich und nachhaltig!

BIA fordert Aufklärung und startet eine Bürgerinformation!

Raubmord an Frieda Hoose

Bürgerinformation +++ Bürgerinformation +++ Bürgerinformation

Der Raubmord an der Geschäftsfrau Frieda Hoose erweist sich als ein schrecklicher Fall von „Ausländerkriminalität“.

Die **BIA** im Nürnberger Stadtrat fordert mit einem Antrag für die Stadtratssitzung am 8.6.2011 lückenlose Aufklärung darüber und hat die Anwohner in der betroffenen Wohnsiedlung mit einer „Bürger-Information“ über die Hintergründe informiert:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, kein anderes Verbrechen hat die Bürger Nürnbergs in den letzten Monaten so schockiert wie der Raubmord an der Geschäftsfrau Frieda Hoose am Ostersonnabend in ihrem Lotto-Geschäft in der Rothenburger Straße. Inzwischen hat sich diese feige Tat wohl wieder einmal als ein Fall von „Ausländerkriminalität“ herausgestellt.

Als dringend tatverdächtig wurde ein 29-jähriger Algerier namens **Raschid C.** verhaftet. Wie öffentlich bekannt wurde war dieser Fremde seit 2002 als Asylbewerber in Nürnberg und ist mehrfach wegen Diebstählen und Einbrüchen vorbestraft.

In diesem Zusammenhang muß sich die städtische Ausländerbehörde fragen lassen, ob in diesem Fall fahrlässig gehandelt wurde. Denn wäre dieser Asylbewerber, dessen Asylantrag ja offensichtlich abgelehnt wurde und der mehrfach kriminelle Taten begangen hat, rechtzeitig abgeschoben worden, hätte er auf jeden Fall keine Gelegenheit gehabt dieses Verbrechen zu verüben. Ich stelle deshalb zur Behandlung in Stadtrat folgenden Antrag:

1. Bericht der zuständigen städtischen Behörde über den Status und den Werdegang

des Asylbewerbers Raschid C.

2. Bericht darüber, warum der Asylbewerber immerhin rund elf Jahre in einer Privatwohnung in Nürnberg ohne Nachweis des Bestreitens seines Lebensunterhaltes als Mehrfachstraftäter leben konnte, ohne abgeschoben zu werden? Welche Hindernisse für eine Abschiebung lagen vor? Warum wurde die Abschiebung nicht mit dem in einem solchen Fall nötigen Nachdruck betrieben?

3. Wie viele Asylbewerber halten sich zur Zeit in Nürnberg auf? Wieviele leben in Gemeinschaftsunterkünften und in Privatwohnungen? Wie lange ist bereits die Verweildauer dieser Personen im Asylverfahren?

Wieviele abgelehnte aber trotzdem geduldete Asylanter leben in Nürnberg? Wieviele dieser Personen sind inzwischen straffällig geworden? Wie kümmern sich die städtischen Dienststellen um die Abschiebung von abgelehnten bzw. kriminell gewordenen Asylbewerbern? Wie wird deren Aufenthalt während des Asylverfahrens durch die Behörden kontrolliert?

4. Wie können die gesetzlichen Möglichkeiten restriktiver gehandhabt werden, um solchen Taten vorzubeugen und die Sicherheit der Bürger zu erhöhen?

Mit freundl. Grüßen
Ralf Ollert, StR

Nach Verfassen dieses Schreibens wurde auch dessen Bruder wegen des dringenden Tatverdaches der Mittäterschaft verhaftet. Für ihn gelten natürlich die gleichen Fragen.

Ralf Ollert stellt hinsichtlich des Raubmords an Frieda Hoose unangenehme Fragen an OB Maly sowie die Ausländerbehörde.

© Foto: privat



In diesem Lottogeschäft wurde die Geschäftsfrau Frieda Hoose kaltblütig ermordet.

© Foto: BIA

An unsere Leser:

Möchten Sie die Einladungen und Informationen der BIA-Nachrichten regelmäßig per Post erhalten?

Dann lassen Sie sich als Anhänger registrieren.

Schreiben Sie an:

**Stadtrat Ralf Ollert
Postfach 610241,
90222 Nürnberg.**

Erscheinungsvermerk
Anschrift Herausgeber
und Verlag:

Ralf Ollert
Postfach 61 02 41
90222 Nürnberg

Satz und Druck: E.i.S.

Nächste Ausgabe: bis zum 30.09.2011

In Ausnahmefällen kann es vorkommen, daß die Inhaber von Bildrechten nicht festgestellt werden konnten. Sofern diesbezüglich rechtmäßige Ansprüche geltend gemacht werden, erklärt sich der Verlag bereit, die üblichen Honorare zu zahlen. Für unverlangt eingesandte Beiträge wird keine Haftung übernommen.

Herausgeber und V.i.S.d.P.:

Stadtrat Ralf Ollert, c/o Rathaus, Fünferplatz, 90403 Nürnberg

Ruf/Ferndruck: 09 11 / 64 61 76 // ePost: ollert@imail.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge verantwortet der jeweilige Verfasser selbst.

Nürnberg

Redebeitrag zum Sicherheitsbericht 2010

Für Sicherheit & Ordnung

Stadtratsitzung vom 11.05.2011

Die BIA sagt Dank an die Polizei für ihren Einsatz zur Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt, dokumentiert heute durch den vorgelegten Sicherheitsbericht für das letzte Jahr.

So erfreulich der leichte Rückgang der Straftaten 2010 in etlichen Bereichen war, so sind doch leider fast täglich Straftaten insbesondere im öffentlichen Raum zu beklagen. Vermehrt gab es im Bereich des Kreditkarten- und Geldautomatenbetruges Täter, die unmittelbar Bürger schädigten, bzw. auch verletzten.

Neben der Straßenkriminalität sorgen vor allem vermehrte Bedrohungsszenarien durch Überfälle auf Spielhallen, Banken und sonstige Geschäfte für öffentliches Aufsehen, sowie die Trickbetrügereien gegenüber älteren Bürgern.

Raubmord

Ein besonders abscheuliches Verbrechen hatten wir vor zwei Wochen mit dem Raubmord an der Besitzerin eines Lotto-Geschäftes in der Rothenburger Straße. Man kann nur hoffen, daß der Täter schnellstens gefaßt wird.

Ausgeklammert von der Kommentierung durch die Politik, bzw. auch aus politisch ideologischen Gründen verharmlost und beschönigt, wird die nach wie

vor hohe Ausländerkriminalität, die der vorgelegte Bericht bei objektiver Betrachtung wieder eindeutig aufzeigt.

Bei einem Ausländeranteil von offiziell 16,4 % an der Gesamtbevölkerung Nürnbergs, weist die Zahl der ausländischen Tatverdächtigen einen Anteil von 34,1 Prozent auf.

Das ist im übrigen der höchste Prozentsatz der letzten fünf Jahre! Selbst nach Abzug der ausländerrechtlichen Verstöße beträgt dieser noch 31,9 Prozent.

Ein besonders hoher Ausländeranteil ist bei den sogenannten „Straftaten gegen das Leben“ mit 52,9 % zu verzeichnen. Ebenso bei „schwerem Diebstahl“ mit 45,8 %, sowie bei „Raub“ mit 41,6%.

Für besondere Aufmerksamkeit sorgte die Gewalt-Orgie einer achtköpfigen Gruppe von „Migranten“ im Juli letzten Jahres, die im Innenstadtbereich regelrecht wüteten und etliche Passanten schwer verletzten, von denen zwei sogar in Lebensgefahr schwebten.

Fast alle Täter waren bereits polizeibekannt. Dabei ist es wohl den Bürgern kaum erklärbar, warum sogenannte „Intensivtäter“ erst dann betreut werden, wenn sie neben Körperverletzungsdelikten zusätzlich auch Eigentumsdelikte begangen haben, wie wir erfahren mußten. Zu bemerken ist dabei, daß



Die BIA-Stadträte Sebastian Schmaus und Ralf Ollert vertreten deutsche Interessen im Rathaus. © Bild: BIA

von den derzeit 79 betreuten jugendlichen „Intensivtätern“ 35 ausländischer Staatsangehörigkeit sind und nur 18 gar keinen „Migrationshintergrund“ haben. Hier und bei anderen schweren Delikten erheben wir die klare Forderung, solche kriminellen Ausländer umgehend auszuweisen, was aufgrund der geltenden Gesetze auch jederzeit möglich ist.

Die Anwendung der Ermessensausweisung nach § 55 des „Aufenthaltsrechtes“ ist hier einzufordern, um endlich die Ausländerkriminalität deutlich zu senken und dadurch auch abschreckend zu wirken. Zudem sollte gesetzgeberisch die Möglichkeit geschaffen werden, bei schweren Straftaten eingebürgerten Personen die deutsche Staatsangehörigkeit wieder abzuerkennen.

Auch die sogenannten politisch motivierten Straftaten müssen hier einer objektiven Analyse unterzogen werden. Während es durch als „rechts“ bezeichnete Personen im ganzen Jahr 2010 vier bedauerliche Gewalttaten gab, wovon eine medial besondere Aufmerksamkeit erfuhr, gab es insgesamt im gleichen Zeitraum 157 Delikte durch „linke“ Täter, davon 52 Körperverletzungen und 38 Sachbeschädigungen, die durch die Medien nahezu unbeachtet blieben und der Öffentlichkeit

somit weitgehend vorenthalten, bzw. sogar mit gewissem Verständnis bedacht wurden.

Kein einziges Delikt gab es übrigens mit sogenanntem „fremdenfeindlichen“ Hintergrund, was die Medien jedoch nicht an einer diesbezüglichen fortgesetzten Stimmungsmache hindert.

Polizei instrumentalisiert?

Wenn man dann noch im Sicherheitsbericht liest, daß die Polizei immerhin 20 Veranstaltungen ausschließlich zum Thema „Rechtsextremismus“ in 2010 abgehalten hat, muß man sich schon fragen, ob hier die richtige Gewichtung angesetzt wird. Oder ob die Polizei hier sogar Gefahr läuft, sich politisch instrumentalisieren zu lassen, was natürlich ihrem Auftrag in keinsten Weise entsprechen würde.

Dieser Auftrag besteht voll und ganz darin, für Sicherheit und Ordnung zu sorgen und die Bürgerinnen und Bürger vor Kriminalität zu schützen.

Dafür, daß sie sich dafür tagtäglich einsetzen, werte Damen und Herren von der Polizei, gebührt ihnen unser herzlicher Dank und unsere Solidarität.

Ralf Ollert
Stadtrat,
BIA-Gruppensprecher

Stadtrats-Sitzungen 2011

Jeweils mittwochs um 15 Uhr:

13.7./21.9./19.10./14.12.

Haushaltsberatungen: Do., 17.11., ab 9 Uhr

Besuchen Sie die öffentlichen Sitzungen des Nürnberger Stadtrates – im Rathaus am Fünferplatz!

BIA NÜRNBERG – ...die **deutsche** Kraft im Stadtrat.

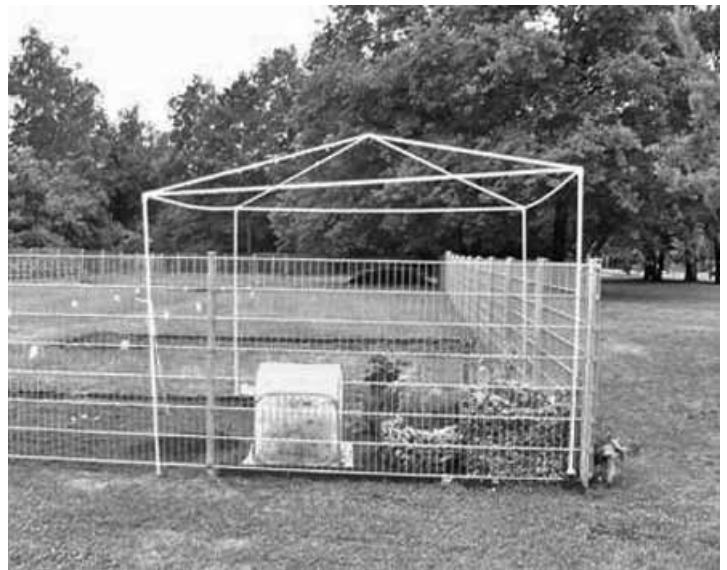
Sozial
geht nur
national

www.auslaenderstopp.de



Malys Integrationsstätte in Langwasser

Auf Parzellen von 20-25 Quadratmetern soll nun die Integration von Ausländern in Nürnberg-Langwasser „gefördert“ werden. Trotz rechtlicher Schritte durch betroffene Anwohner wurde der „Garten“ jetzt errichtet und soll in Betrieb gehen. Das „Gartenparadies“, wie man es auf unserem Bild rechts sieht, hat sogar ein Gemeinschaftszelt und einen „Integrations-Stammtisch“. Ansonsten könnten es weniger Begeisterte eher für eine Friedhofsanlage halten. Man könnte herzhaft lachen, wenn es nicht so traurig wäre! Der Einspruch von Anwohnern hat also offensichtlich keine abschließende Wirkung und kann die „Multi-Kulti-Fanatiker“ im Rathaus zumindest vorerst nicht stoppen. Die Leidtragenden sind die Bürgerinnen und Bürger im ganzen Viertel, die sich wohl erst bei der nächsten Wahl wirkungsvoll dagegen wehren können. Aber wer weiß, vielleicht erledigt sich das Projekt wegen seiner Untauglichkeit auch selbst. **Rainer Biller**



Malys unsinniges Multikulti-Projekt auf Kosten der Bürger. Bürger-Proteste interessieren Maly nicht. © Foto: BIA

BIA-Stadtteilbeauftragter ernannt

Unsere Wählergruppe „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ (BIA) hat jetzt einen eigenen Stadtteilbeauftragten für Langwasser ernannt. Herr Rainer Biller, der sich schon bisher für seinen Stadtteil und die Bürger kommunalpolitisch einsetzte, wurde jetzt auch offiziell zum „Stadtteilbeauftragten“ ernannt. Mit einer Postkarten-Aktion hat er sich bei den Bürgerinnen und Bürgern bereits vorgestellt und seine Kontaktdaten mitgeteilt. Er ist auch über unsere Zeitungs-Anschrift und e-mail für Jeden zu erreichen und wird sich weiterhin noch verstärkt um die Belange der Deutschen in Langwasser kümmern.

VAG erhöht um 30 %!

In einer Art „Nacht- und Nebel-Aktion“ wurde festgelegt, die Fahrpreise der VAG schrittweise bis 2015 um sage und schreibe 30 % zu erhöhen.

Im Alleingang ohne die anderen Städte und Gemeinden im Verkehrsverbund wird ganz einfach ein Nürnberger „Stadttarif“ eingeführt. Und dies alles im Eilverfahren. Ohne Vorwarnung wurde ein entsprechender Beschluß im VAG-Aufsichtsrat am 28. Mai gefaßt und am 8. Juni wurde dieser mit der Mehrheit von CSU und SPD im Stadtrat bestätigt, mit dem Argument diese Erhöhung wäre „alternativlos“ und eilbedürftig. Die anderen

Stadtratsmitglieder erfuhren diese Pläne zum Teil erst aus der Presse und kurz vor der Sitzung. Die BIA hatte deshalb in einem Eilantrag Aufklärung gefordert.

Stadtrat Ralf Ollert: „Die Belastung der Bürger Nürnbergs, nach ständigen Erhöhungen der Nutzungsentgelde in nahezu allen städtischen Einrichtungen, wie auch im Tiergarten, verbunden mit massiven Steigerungen der Energiepreise und anderer Lebenshaltungskosten, setzt sich somit fort und erreicht mit den geplanten Fahrpreisen eine neue Qualität in ihrer Auswirkung auf die Lebensqualität in unserer Stadt.“

**Schauen Sie öfter mal rein:
www.auslaenderstopp.de**